INKLUSIVES WACHSTUM

GRUNDLAGENPAPIER

Dezember 2017

Manuel Gath und Dominic Schwickert¹

Warum ein inklusives Wachstum das Ziel für die Soziale Marktwirtschaft von morgen sein muss

Einleitung

Inklusives Wachstum bedeutet, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu verbinden, um mehr Teilhabe am Wohlstand, Einbindung benachteiligter Gruppen am Arbeitsmarkt, faire Lohnentwicklung und einen Abbau struktureller Ungleichheiten auf allen Ebenen (vom Einkommen bis hin zu Bildungschancen) zu verwirklichen.

Die internationale Debatte über "Inclusive Growth" wird sowohl von WissenschaftlerInnen als auch von internationalen Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der OECD vorangetrieben. Auch in Deutschland ist diese Debatte angekommen, wie nicht zuletzt der Titel "Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa" des Jahreswirtschaftsberichts 2017 der Bundesregierung belegt. Die deutsche Wirtschaft steht zwar mit einer historisch niedrigen Arbeitslosigkeit, boomenden Exporten und solidem Wachstum gut da. Trotz nominal steigenden Wohlstands ist allerdings der Alltag vieler Menschen geprägt von befristeter Beschäftigung, stagnierenden Löhnen oder mangelnden Aufstiegschancen. Während sich Wachstum, zentrale Ungleichheitsmaße und das

Armutsrisiko bis 1991 im Gleichschritt entwickelten, spreizt sich seither die Entwicklung dieser Kenngrößen: Das durchschnittliche Einkommen pro Kopf nimmt zu, doch zugleich verharren Ungleichheit und Armutsrisiko auf hohem Niveau. Im Lichte dieser Entwicklungen kommt es darauf an, das "deutsche Erfolgsmodell" der Sozialen Marktwirtschaft mit all seinen Errungenschaften zeitgemäß weiterzuentwickeln.

"Steigende Ungleichheit gefährdet nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern hemmt auch Wachstumspotenziale."

In das Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung rückt vermehrt auch die gewachsene und weiterhin große soziale Ungleichheit. Dies zeigte etwa die breite Rezeption von Thomas Pikettys Buch "Das Kapital im 21. Jahrhundert". Ebenfalls viel Aufmerksamkeit fand Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts der Wirtschaft (DIW), mit seinem Buch "Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird" sowie mit zahlreichen Meinungsbeiträgen. Die Argumentation ist klar: Steigende Ungleichheit gefährdet nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern hemmt auch

Die Autoren danken Tobias Dürr, Steffen Jenner, Laura-Kristine Krause, Peter Siller und Wolfgang Schroeder für Anmerkungen und Kommentare

Wachstumspotenziale. Ein Kreislauf aus sinkenden Reallöhnen, Konsumrückgang und Wachstumseinbußen ist die Folge.

Megatrends wie die Globalisierung, der Klimawandel, die Digitalisierung und der demografische Wandel setzen die Verteilungsgerechtigkeit von Volkswirtschaften unter Druck und stellen zugleich etablierte Systeme des sozialen Ausgleichs und die Beständigkeit des Wirtschaftswachstums selbst in Frage. Das bedeutet, dass bis dato vornehmlich materiell und quantitativ verstandene Konzepte gesellschaftlichen Wohlstands erweitert werden müssen um Faktoren wie globale gesellschaftliche Integration, Weltoffenheit, nachhaltiges Wirtschaften, Offenheit für technologische Veränderungen, langfristige Orientierung und Generationengerechtigkeit.

"Ökonomischen und sozialen Aufstieg wieder mit einer konkreten Vision für Gemeinwohl und Fortschritt zu verbinden ist über alle Parteigrenzen hinweg eine der zentralen politischen Aufgaben der nächsten Jahre in Deutschland und Europa."

Sollte diese Form der multidimensionalen Inklusion mittelfristig nicht gelingen, droht der soziale Zusammenhalt, der das Fundament für anstehende gesellschaftliche Umbrüche bildet, zu zerfallen. Inklusion ist dabei nicht einfach ein Synonym für ökonomische Gerechtigkeit, sondern der Anspruch auf echte gesellschaftliche Teilhabe an den entscheidenden öffentlichen Gütern für ein selbstbestimmtes Leben und damit letztlich weit mehr als die Frage von Einkommen und Sozialtransfer. Das bedeutet, dass unter der Überschrift eines inklusiven Wachstums nach neuen und intelligenten Wegen gesucht wird, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu verbinden, um mehr Teilhabe am Wohlstand, Einbindung benachteiligter Gruppen am Arbeitsmarkt, faire Lohnentwicklung und einen Abbau struktureller Ungleichheiten auf allen Ebenen (vom Einkommen bis hin zu Bildungschancen) zu verwirklichen. Ökonomischen und sozialen Aufstieg wieder mit einer konkreten Vision für Gemeinwohl und Fortschritt zu verbinden, ist über alle Parteigrenzen hinweg eine der zentralen politischen Aufgaben der nächsten Jahre in Deutschland und Europa.

I. Wachstumsdiskurse im Widerspruch oder warum Inklusives Wachstum zeitgemäß ist

Aktuell beobachten wir krisenbedingt spätestens seit 2008 ein verstärktes soziales Leitmotiv, das insbesondere wirtschaftliche Ungleichheit und Gerechtigkeitsaspekte thematisiert. Dabei hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise auch die bestehende Kritik an zahlreichen Entsolidarisierungstendenzen seit den 1980er Jahren gebündelt und verstärkt.

In den 1950er und 1960er Jahren dominierte in den internationalen Wachstumsdebatten ein überwiegend rein quantitatives Wachstumsmotiv. Die heute als "Wirtschaftswunder" bezeichnete Zeitspanne rasanter Wachstumsraten nach dem Zweiten Weltkrieg steht exemplarisch für eine Zeit, in der ein quantitatives Wachstumsmotiv das prägende Bild wirtschaftspolitischer Diskussionen und letztlich auch der realen wirtschaftlichen Entwicklung war. Gleichwohl baute man auf den historisch gewachsenen sozialen Errrungenschaften und Strukturen auf, welche schließlich das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft prägen.

Seit den 1970er Jahren kam es zur Entwicklung eines ökologischen Leitmotivs. Spätestens der Bericht "Die Grenzen des Wachstums" der Organisation Club of Rome kann als ein öko-politisches Ausrufezeichen gesehen werden. Die zeitliche Nähe zur Ölkrise ab 1973 verlieh der ohnehin breiten Rezeption des Berichts weiteren Auftrieb und löste eine globale Umweltdebatte aus, die bis heute andauert.

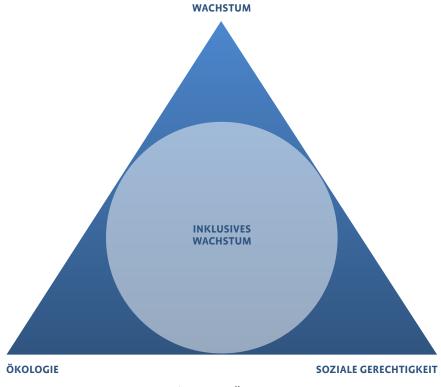
Aktuell beobachten wir krisenbedingt spätestens seit 2008 ein verstärktes soziales Leitmotiv, das insbesondere wirtschaftliche Ungleichheit und Gerechtigkeitsaspekte thematisiert. Dabei hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise auch die bestehende Kritik an zahlreichen Entsolidarisierungstendenzen seit den 1980er Jahren gebündelt und verstärkt. Richard Wilkinson und Kate Pickett argumentierten 2009 in einem

wichtigen Diskursbeitrag, dass Ungleichheit als Wachstumsfolge eine Gesellschaft in fast allen Lebensbereichen negativ beeinflusst. Daher sei nicht Wachstum, sondern möglichst gleichmäßig verteilter Wohlstand der Schlüssel zu Lebensqualität². Wilkinson und Pickett wiesen insbesondere auf die negativen psychosozialen Effekte von Ungleichheit hin und bestritten zugleich, dass von Ungleichheit eine Anreizwirkung im Hinblick auf sozialen Aufstieg ausgehe. Ungleiche Gesellschaften seien weniger durchlässig und führten zu mehr sozialräumlicher Segregation und zu mehr Vorurteilen gegenüber den sozial Schwächeren - was die Statusunterschiede wiederum verfestige. Der 2012 gestartete Prozess "New Approaches to Economic Challenges" (NAEC) der OECD wiederum nimmt beispielsweise Ungleichheitsdynamiken, Einkommensentwicklungen, die Neubewertung von Risiken und soziale Auswirkungen von Umweltpolitik im Rahmen von "Inclusive Growth" als Antwort auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise in den Blick3.

"Hohe Wachstumsraten, die gleichzeitig auf ökologischer Nachhaltigkeit fußen und einen Beitrag zum Abbau sozialer Ungleichheit leisten sind aktuell schwer vorstellbar."

Es ist jedoch nicht so, dass ein Leitmotiv durch ein anderes ersetzt worden wäre, vielmehr ändern sich deren Relevanz und Diskurshegemonie im Zeitverlauf. Besonders in der aktuellen Diskurslage existieren die drei genannten Leitmotive parallel zueinander. Das lässt deutliche Zielkonflikte wirtschaftpolitischer Ansätze erkennbar werden. Hohe Wachstumsraten, die gleichzeitig auf ökologischer Nachhaltigkeit fußen und einen Beitrag zum Abbau sozialer Ungleichheit leisten, sind aktuell schwer vorstellbar. Bereits innerhalb des sozialen Leitmotivs beispielsweise besteht - je nachdem, was als Ungleichheitsursache ausgemacht wird - ein Konflikt zwischen Chancengleichheit und

Grafik: Inklusives Wachstum als Lösung im Wachstums-Trilemma



Eigene Darstellung

- vgl. Wilkinson, Richard G./Pickett, Kate (2009): The Spirit Level: Why More Equal Societies Almost Always Do Better.
- vgl. OECD (2012) New Approaches to Economic Challenges: Framework Paper. OECD Week 2012. Verfügbar unter http://www.oecd.org/ general/50452415.pdf

Verteilungsgerechtigkeit als konkurrierenden Lösungsansätzen und somit zugleich ein Konflikt im Hinblick auf die Wahl geeigneter Instrumente. Wer für Chancengleichheit eintritt, präferiert Kollektivmaßnahmen wie etwa die Stärkung des Bildungssystems, wer Verteilungsgerechtigkeit durchsetzen will, setzt eher auf individuelle Sozialtransfers. Auch in der Nachhaltigkeitspolitik gibt es ein Diskursspektrum von der Einhaltung verbindlicher Klimaziele über wachstumspotenziale grüner Technologien bis hin zu Diskussionen über eine gerechte Umweltpolitik, die über bezahlbare Energiepreise hinausgeht und z.B. mit Zugang zu Grünflächen für alle Menschen eine zutiefst soziale Komponente hat. Die Aufzählung ähnlich inhärenter Zielkonflikte innerhalb der Leitmotive ließe sich fortsetzen.

"Daraus wird deutlich, dass inklusives Wachstum ein zentrales Reform- und Diskursprojekt einer erneuerten Sozialen Marktwirtschaft sein sollte."

Auf den ersten Blick erscheinen demnach alle drei Wachstumsparadigmen als nur bedingt miteinander kompatibel. Man könnte auch von einem Wachstums-Trilemma sprechen. Dreh- und Angelpunkt eines inklusiven Wachstums ist es nun, dieses Trilemma als lösbar zu betrachten und auf klugem und langfristigem Wege Fragen von Primär- und Sekundärverteilung, Investitionen in öffentliche Institutionen sowie ökologischer Nachhaltigkeit in eine Wachstumsagenda zu integrieren und vielmehr zum Ausgangspunkt politischer Maßnahmen werden zu lassen4. Das ist die Rolle, die inklusives Wachstum bei der Neuakzentuierung einer modernen Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert spielen kann. Daraus wird deutlich, dass inklusives Wachstum ein zentrales Reform- und Diskursprojekt einer erneuerten Sozialen Marktwirtschaft sein sollte. Das ist aber nur dann erfolgversprechend, sofern beim fälligen Umbau die richtigen Schwerpunkte gesetzt und drängende Zukunftsfragen sowohl für Unternehmen, BürgerInnen als auch den Staat thematisiert werden.

vgl. OECD (2014) All on Board: Making Inclusive Growth happen. Verfügbar unter https://www.oecd.org/inclusive-growth/All-on-Board-Making-Inclusive-Growth-Happen.pdf

II. Inklusives Wachstum als neues wirtschaftspolitisches Reformnarrativ

Inklusives Wachstum formuliert den Anspruch an eine Wirtschaftspolitik, die nicht zum Selbstzweck Wachstum generiert, sondern es klar in den Dienst derer stellt, die es erwirtschaften.

Der Begriff "Inklusives Wachstum" hat aus vielerlei Gründen einen eigenen Charme als Leitfigur für moderne Wirtschaftspolitik: Alle damit verbundenen Überlegungen knüpfen zwar an ein vertrautes und bekanntes (quantitatives) Wachstumsparadigma an, diese sind aber gleichsam durch den qualitativen Anspruch der Inklusion eingerahmt. Denkt man den Begriff der Inklusion weiter als die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen, so gewinnt man das Bild einer offenen, modernen und sozialen Gesellschaft. Eine Neufassung des Begriffs "Inklusion" funktioniert in erster Linie in Abgrenzung zur sozialen Exklusion⁵.

Wenn im öffentlichen Diskurs von "abgehängten" Regionen oder Menschen die Rede ist, dann stecken genau jene Exklusionsmechanismen dahinter, die unter dem narrativen Dach eines inklusiven Wachstums bekämpft werden sollen. Soziale Teilhabe ist in unserer Gesellschaft zum einen immer noch eng mit dem individuellen ökonomischen Status verknüpft. Ziel einer inklusiven Wachstumspolitik muss es also sein, die persönliche Lebenssituation aller Menschen, ganz gleich wo in Deutschland sie leben, zu stabilisieren und wenn möglich zu verbessern. Die Wahrnehmung zunehmender Ungleichheit ist für Sozialverbände⁶ wie Gewerkschaften⁷ immer wieder Anlass, politische Maßnahmen gegen eine zunehmende soziale Spaltung zu fordern.

- vgl. Peter Siller (2014) Politik der Inklusion. In: Berliner Republik 2/2014. Verfügbar unter http://www.b-republik.de/archiv/politik-derinklusion
- vgl. Sozialverband VdK (2017) Soziale Ungleichheit schadet der Gesellschaft. Verfügbar unter https://www.vdk.de/deutschland/ pages/themen/72474/soziale_ungleichheit_schadet_der_gesellschaft
- vgl. Alfons Frese (2016) Interview mit dem Vorsitzenden der IG Metall Jörg Hofmann. Verfügbar unter http://www.tagesspiegel. de/wirtschaft/ungleichheit-und-prekarisierung-ig-metall-chef-afderfolg-auch-wegen-agenda-2010/14994044.html

"Diesen weit verbreiteten Abstiegsängsten müssen konkrete Aufstiegschancen, ökonomisch wie sozial, in unserer Gesellschaft gegenübergestellt werden."

Zum anderen gehört zum sozio-ökonomischen Status der Menschen auch eine entsprechende Perspektive zur Verbesserung der eigenen Lage. Entsprechende wirtschaftliche Rahmenbedingungen bereitzustellen ist das eine, aber es braucht eben auch eine gesellschaftliche Garantie für soziale Mobilität und Chancengerechtigkeit. Viele Menschen sehen für sich oder ihre Kinder keine Aufstiegschancen in Deutschland, intergenerationelle Mobilität ist nicht ausreichend gegeben⁸. Das ist kein gefühltes, sondern ein reales Problem, nicht zuletzt auch im Bildungssystem9. Denn zu den politischen UnterstützerInnen von populistischen Kräften in Deutschland gehören Durchschnittsverdiener der Mittelschicht ebenso wie Geringverdiener. Nicht alle Menschen haben gleichermaßen am wachsenden Wohlstand hierzulande teil10. Triebkraft hinter einer ökonomisch begründeten Wahlentscheidung ist demnach nicht immer nur die eigene Lage, sondern eben auch Angst vor dem Abstieg. Diesen weit verbreiteten Abstiegsängsten müssen konkrete Aufstiegschancen, ökonomisch wie sozial, in unserer Gesellschaft gegenübergestellt werden. Auch das ist ein zentrales Versprechen inklusiven Wachstums.

Der Erhalt unserer Lebensgrundlage und ein verantwortungsbewusster Umgang mit endlichen Ressourcen bilden die Grundlage für ein langfristig erfolgreiches und nachhaltiges Wachstumsmodell. Eine geschützte und lebenswerte Umwelt sowie der Zugang dazu sind fester Bestandteil unserer Vorstellung von Lebensqualität". Davon abgesehen bieten nachhaltige Energieversorgungs- und Mobilitätskonzepte jedoch auch enorme

 vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2017) Einkommensungleichheit und soziale Mobilität. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF 1/2017. Wachstums- und Innovationspotenziale für die deutsche Wirtschaft. Von nachhaltigkeitszentrierten Geschäftsmodellen auf kommunaler Ebene der Stadtwerke bis hin zur Einhaltung globaler Klimaziele und damit einhergehenden Selbstverpflichtungen sind wir darauf angewiesen, Nachhaltigkeit als eine Triebfeder unseres Wachstumsmodells beizubehalten, zu etablieren und zu stärken.

"Es ist der damit verbundene qualitative und normative Anspruch an eine Wirtschaftspolitik, die nicht zum Selbstzweck Wachstum generiert, sondern es klar in den Dienst derer stellt, die es erwirtschaften."

Es ist also gar nicht so sehr die internationale Anschlussfähigkeit an entsprechende Aktivitäten und Publikationen globaler Institutionen wie IWF und der OECD, die die Figur des inklusiven Wachstums attraktiv machen. Es ist der damit verbundene qualitative und normative Anspruch an eine Wirtschaftspolitik, die nicht zum Selbstzweck Wachstum generiert, sondern es klar in den Dienst derer stellt, die es erwirtschaften. Die Idee eines inklusiven Wachstums ist dabei kein alleiniger staatlicher Handlungsauftrag, sondern vielmehr Zielmotiv eines breiten Diskurses mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft, um gemeinsam mit allen relevanten gesellschaftlichen Kräften diese Neuakzentuierung der Sozialen Marktwirtschaft vorzunehmen und unter einem diskursiven Dach zusammenzuführen.

III. Inklusives Wachstum von A wie Arbeitsleben bis Z wie Zukunftsinvestitionen

Von wachsenden Einkommensunterschieden über Vermögensungleichheiten bis hin zum konstant bleibenden Gender Pay Gap: Die voranschreitende Ungleichheitsentwicklung auf verschiedenen Ebenen der deutschen Gesellschaft wird in der wissenschaftlichen und medialen Öffentlichkeit zunehmend debattiert.

5

ygl. Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (2017) Hochschulbildungsreport 2020 – Chancen für Nichtakademikerkinder. Verfügbar unter http://www.hochschulbildungsreport2020.de/ chancen-fuer-nichtakademikerkinder

^{10.} vgl. Florian Buhlmann, Max Löffler, Andreas Peichl (2017) Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft – Wachstum und Inklusion. Gutachten des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) für die Bertelsmann Stiftung. ZEW, Mannheim.

vgl. Bundesregierung (2016) Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin.

Dabei stieg besonders bis 2005 die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen stark und ist seitdem nicht in nennenswerter Weise wieder abgebaut worden.

Verlässt man nun die Ebene individueller Erwerbsbiografien, so lässt der Blick auf ökonomische Kennziffern in Deutschland vermuten: Eigentlich geht es uns doch gut. Allerdings lautet die Anschlussfrage, die man sich jedoch in einer der wohlhabendsten Regionen der Welt in einem der innovativsten und reichsten Länder der Welt stellen sollte: Was können wir tun, damit es mehr Menschen gut geht – und das auch in Zukunft?

Um nicht allein auf der abstrakten Ebene zu verbleiben, muss die Idee einer inklusiveren Sozialen Marktwirtschaft mit dem Ziel eines inklusiven Wachstums mit konkreten Inhalten gefüllt werden. Die dafür notwendige Debatte darf demnach nicht für sich alleine stehen, sondern muss die Megatrends Digitalisierung, Europäisierung und Globalisierung, die Veränderungen durch Struktur- und Klimawandel sowie den Wandel des Arbeitslebens berücksichtigen.

1. EIN DIGITALER ORDNUNGSRAHMEN FÜR INKLUSIVES WACHSTUM

Erst wenn die Digitalisierung flächendeckend Potenziale aufdeckt und vom Startup bis zum Familienunternehmen nutzbar macht, kann sie ein inklusiver Wohlstandstreiber sein, der wirklich vielen Menschen zugutekommt und nicht einer Minderheit.

Als Megatrend kommt der Digitalisierung in fast allen Bereichen unseres Lebens eine herausragende Bedeutung zu. Die Chancen liegen im enormen Innovationspotenzial, das durch die Digitalisierung freigesetzt wird. Teilweise noch am Anfang stehen neue Formen des vernetzten sowie solidarischen Wirtschaftens, die Möglichkeiten künstlicher Intelligenz oder die Automatisierung von Produktionsprozessen. Diese werden noch enorme Veränderungen mit sich bringen. Gigantische Containerschiffe symbolisieren die "alte" Globalisierung. Künftig geht es um gigantische Datenströme und die globale Verflechtung von Arbeits- und Dienstleistungsprozessen in der ganzen Breite. Die mittlerweile

sehr innovative Startup-Szene in Deutschland hat das Potenzial international konkurrenzfähig zu sein und neue Wertschöpfung in Deutschland zu ermöglichen.

Wie können aber wirklich alle von der Digitalisierung profitieren, nicht nur die ohnehin wachsenden urbanen Zentren? Hierfür ist entscheidend, auch mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum in die Lage zu versetzen, von neuen Geschäftsmodellen zu profitieren und in neue Formen digitaler Wertschöpfung einbezogen zu werden. Erst wenn die Digitalisierung flächendeckend Potenziale aufdeckt und vom Startup bis zum Familienunternehmen nutzbar macht, kann sie ein inklusiver Wohlstandstreiber sein, der wirklich vielen Menschen zugutekommt und nicht einer Minderheit.

"Der digitale Wirtschaftsraum ist bislang in vielfältiger Hinsicht noch kaum politisch erschlossen und regulatorisch gefasst."

Die Digitalisierung führt derzeit auch zu einer enormen Konzentration wirtschaftlicher Macht und kritischer Infrastrukturen in den Händen sehr weniger. Zum Umgang damit sind neue Ansätze erforderlich. Der digitale Wirtschaftsraum ist bislang in vielfältiger Hinsicht noch kaum politisch erschlossen und regulatorisch gefasst. Gesucht wird daher ein Ordnungsrahmen, der digitales Wachstum ermöglicht und gleichzeitig die Interessen von BürgerInnen, VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen schützt. Das bedeutet, wir brauchen eine systematische und disruptionsresistente Regulierung mit Primat für Innovationen, sowohl technologisch, sozial als auch gesellschaftlich. Ziele müssen der souverane Umgang mit Daten, eine darauf aufbauende Mündigkeit und ein gemeinsames Schutzverständnis für Privatsphäre sein. Es gibt nicht nur zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen wie AlgorithmWatch oder CorrelAid, die auf die problematische Verwendung von Algorithmen hinweisen und die Gesellschaft für individuelle Datensouveränität sensibilisieren. Die bereits jetzt breite Berichterstattung über die News-Feed-Anpassungen in sozialen Netzwerken zeigt, dass es sich hierbei um ein enorm relevantes Zukunftsthema handelt. Die Gestaltung der digitalen Transformation kann nur mit breiter Beteiligung von Gesellschaft,

zivilgesellschaftlichen Initiativen und unter Beteiligung von Sozialpartnern und Unternehmen wirklich inklusiv sein.

2. DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS EURO-PÄISCHE ANTWORT AUF DIE GLOBALISIERUNG

Abseits der intergouvernementalen Krisenlogik sollten Elemente der Sozialen Marktwirtschaft stärker auf europäischer Ebene etabliert werden, die wiederum die Stabilität unseres Wirtschaftsraumes erhöhen würden.

Viele Menschen erwarten größere Handlungsfähigkeit und Effizienz von der Europäischen Union. Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung Europas hat lange Zeit für einen breiten Wohlstand gesorgt, doch diese pareto-optimale Wohlstandsverteilung gilt nur noch eingeschränkt. Es geht in der Diskussion um die Zukunft Europas um nicht weniger als die Erneuerung des Wohlstandsversprechens der europäischen Integration. Dieses muss mehr als zuvor mit dem Wunsch nach demokratischer Teilhabe verknüpft werden.

"Es geht in der Diskussion um die Zukunft Europas um nicht weniger als die Erneuerung des Wohlstandsversprechens der europäischen Integration."

An dieser Stelle bedarf es aber weit mehr als einer auf Haushaltsdisziplin ausgerichteten Politik, nämlich ebenso finanzielle wie politische Investitionen in die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschaftsintegration und eine nachhaltige Stabilisierung der Eurozone. Den aktuellen Divergenzen (wirtschaftlich wie sozial) in der Europäischen Union, müssen neue Konvergenzinstrumente entgegengesetzt werden. Die Einführung und Stärkung automatischer Stabilisatoren innerhalb der Eurozone kann dazu beitragen, soziale und wirtschaftliche Kohäsion wieder in den Fokus europäischer Wachstumspolitik zu rücken. Somit können abseits intergouvernementaler Krisenlogik Elemente der Sozialen Marktwirtschaft stärker auf europäischer Ebene etabliert werden, die wiederum die Stabilität

unseres Wirtschaftsraumes erhöhen würden. Diese Krisensicherheit kann als Teil einer inklusiven Wachstumsagenda ein neues ökonomisches Erfolgsnarrativ der Europäischen Union werden.

"Aus der Perspektive eines inklusiven Wachstums ist die Europäisierung der Sozialen Marktwirtschaft damit eine mögliche Antwort auf die Herausforderungen, die die Globalisierung mit sich bringt."

Aus der Perspektive eines inklusiven Wachstums ist die Europäisierung der Sozialen Marktwirtschaft damit eine mögliche Antwort auf die Herausforderungen, die die Globalisierung mit sich bringt. Die Wahlerfolge europa- und globalisierungskritischer Parteien in der jüngsten Vergangenheit sollten ein Warnsignal sein, die Gestaltung der Globalisierung im Sinne der BürgerInnen offensiv anzugehen. Dazu gehört, als europäischer Binnenmarkt selbstbewusst die eigenen Interessen und Standards international zu vertreten und durchzusetzen. Die gerechte und faire Gestaltung der Globalisierung oder aber ihre Ablehnung sind zwei Antworten auf eine politische Kernfrage, die zum Kristallisationspunkt einer politischen Konfliktlinie geworden ist¹². Einen positiven Zusammenhang zwischen Globalisierung und individuellem Wohlstand in Deutschland und Europa deutlich werden zu lassen, ist eine Kernaufgabe für Wirtschaft, Politik und zivilgesellschaftliche Kräfte hierzulande. Hierfür ist ein positives narratives Dach wie die Kategorie des inklusiven Wachstums unerlässlich.

3. STRUKTURWANDEL NACHHALTIG UND ZUKUNFTS-FÄHIG GESTALTEN

Der Strukturwandel findet unaufhaltsam statt. Wir sollten den Strukturwandel gestalten anstatt einfach nur geschehen zu lassen. Denn ein nachhaltiger und gerechter Strukturwandel ist nur möglich, wenn er berechenbar ist und von allen Betroffenen getragen wird.

12. vgl. Martin Sandbu (2017) The battles of ideology that will define our age. Verfügbar unter https://www.ft.com/content/8417bd56-e658-11e7-8b99-0191e45377ec

Ein Bestandteil dieser globalisierungsbedingten Veränderungsprozesse sind auch regionale Verwerfungen, die sich zum Teil auf die Abwanderung von Unternehmen und Arbeitsplätzen zurückführen lassen. Strukturschwache Regionen sind zu einem wichtigen politischen Thema geworden. Auch in Deutschland existiert ein bunter Flickenteppich regionaler Standortstärke und ökonomischer Leistungsfähigkeit, der sich nicht immer entlang der vermeintlichen Konfliktlinie Stadt vs. Land bewegt¹³.

"Wir brauchen eine moderne Infrastruktur, vom Breitband- und Glasfasernetz bis hin zur ökologisch nachhaltigen Energieversorgung und Produktion."

Ein Anker unserer erfolgreichen Wirtschaft ist dabei die industrielle Wertschöpfung. Sie war in der Vergangenheit immer wieder Treiber technologischer und auch gesellschaftlicher Innovationen. Die Energiewende im Lichte globaler Klimaverpflichtungen sowie der Blick auf die industriellen Märkte der Zukunft zeigen jedoch, wie zentral ein ökologisch nachhaltiger Strukturwandel für den Fortbestand und die Zukunftsfähigkeit unserer Industrie ist. Wir brauchen eine moderne Infrastruktur, vom Breitband- und Glasfasernetz bis hin zur ökologisch nachhaltigen Energieversorgung und Produktion. Vom kommunalen Stadtwerk bis hin zu den größten Energieproduzenten sind weite Wirtschaftszweige auf Investionen für entsprechende Infrastruktur sowie eine faire, an ökologischen Kriterien orientierte Rahmenbesetzung, angewiesen. Besonders die Energiewende als zentrales Nachhaltigkeitsprojekt ist für Deutschland eine Chance zu zeigen, dass ökologische Nachhaltigkeit, ökonomische Stabilität und Innovationsförderung, sowie sozial verträgliche Preise der Energieversorgung, in Einklang gebracht werden können.

Die Stärkung der Innovationsfähigkeit deutscher Industrie muss also mit ressourcenschonenden Produktkreisläufen, nachhaltiger Energiegewinnung und der Entwicklung zukunftsweisender Technologien einhergehen. Hierfür brauchen wir mehr und zielgerichtete Investitionen in Forschung und Entwicklung mit dem

So wichtig diese Aufgabe auch ist, sie wird nicht immer gelingen. Umso elementarer ist es daher, frühzeitig Perspektiven für Menschen zu schaffen, die im Strukturwandel ihre wirtschaftliche Rolle zu verlieren drohen. Nur eine gute öffentliche Daseinsvorsorge sowie intakte öffentliche Räume und Institutionen, zu denen alle Menschen gleichermaßen Zugang haben, können entsprechenden Ausgleich schaffen und die Potenziale der Menschen vor Ort wieder individuell nutzbar machen. Die Qualität öffentlicher Investitionen ist dabei ebenso relevant wie ihre Höhe und mitentscheidend dafür, welchen langfristigen gesellschaftlichen Nutzen man hier für private wie staatliche Investoren generiert.

Diese multiplen Strukturveränderungen inklusiv auszugestalten und sozial zu begleiten muss die Grundanforderung an die Inklusivität unserer Sozialen Marktwirtschaft und der ihr zugrundeliegenden Strukturen sein. Nur auf diese Weise lassen sich die Vorteile der Globalisierung stärken und die Nachteile politisch wie wirtschaftlich ausgleichen¹⁴.

4. MENSCHEN BEFÄHIGEN UND WIRTSCHAFT STÄRKEN: EINE ERNEUERUNG VON TEILHABE AM ARBEITSLEBEN

Im Zentrum der Debatte steht ein umfassender Blick auf Arbeit, der weit über die klassische Erwerbsarbeit hinausgeht.

Gesellschaftliche Integration und soziale Absicherung sind nicht nur Merkmale einer funktionierenden Gesellschaft und notwendige Globalisierungskorrektive, sondern auch Grundversprechen der Sozialen Marktwirtschaft. Beides wird zum Dreh- und Angelpunkt, wenn es aus der Perspektive eines inklusiven Wachstums um die Teilhabe am Arbeitsleben geht. Damit wird aus inklusivem Wachstum nicht nur ein aus strukturellen

Ziel, industrielle Verbundsysteme, insbesondere regionale Industrie-Netzwerke, zum Vorreiter der Energiewende und des nächsten ökologischen industriellen Wandels zu machen und Globalisierungschancen konkret in die Regionen zu tragen.

vgl. Wolfgang Dauth, Jens Südekum (2016) Globalization and Local Profiles of Economic Growth and Industrial Change. In: Journal of Economic Geography, 16. Jg., 5/2016.

^{14.} vgl. Dani Rodrik (2017) The great globalisation lie. Verfügbar unter https://www.prospectmagazine.co.uk/magazine/the-greatglobalisation-lie-economics-finance-trump-brexit

Gesichtspunkten relevantes Thema, sondern ein für alle ArbeitnehmerInnen aus individueller Perspektive bedeutsames.

Soziale Kohäsion und eine starke Sozialpartnerschaft haben sich als ein komparativer Wettbewerbsvorteil Deutschlands im internationalen Wettbewerb erwiesen. Die Arbeitswelt verändert sich jedoch schneller, als Arbeitsschutz- und Sicherungsregulierungen angepasst werden können. Das ist eine Entwicklung, die sich in den kommenden Jahrzehnten fortsetzen wird und eine neue Form von Flexibilität verlangt.

"Soziale Kohäsion und eine starke Sozialpartnerschaft haben sich als ein komparativer Vorteil Deutschlands im internationalen Wettbewerb erwiesen."

Flexibilität muss dabei als Anforderung in beide Richtungen definiert werden: Von ArbeitnehmerInnen wird zunehmend Flexibilität, beispielsweise hinsichtlich Arbeitszeit, -ort und -weise erwartet, während ihren Arbeitgebern neue Formen der Flexibilität mit Blick auf Weiterbildung oder Vereinbarkeitsfragen abverlangt werden. Ins Zentrum der Debatte rückt also ein viel umfassenderer Blick auf Arbeit, der weit über die klassische Erwerbsarbeit hinausgeht. So streitet die IG Metall als größte Einzelgewerkschaft der Welt bereits heute nicht nur für Lohnsteigerungen ihrer Mitglieder, sondern auch für das Recht, Arbeitszeit flexibel wählen und bei Bedarf eben auch reduzieren zu können. Darin zeigt sich nicht zuletzt die politische Konsequenz des Wunsches nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Das Private wird noch (gewerkschafts)politischer. Zugleich stellt sich die Frage, ob es eine effiziente ArbeiterInnenvertretung für Solo-Selbstständige der digitalen Ökonomie geben kann und wie diese aussehen sollte.

Neue individualisierte Erwerbsbiographien erfordern lebenslange Weiterbildung. Dazu gehören zum Beispiel Weiterbildungsmaßnahmen mit besonderem Fokus auf Gründungen, mit Blick auf technische Veränderungen und Weiterentwicklung neuer Dienstleistungen, beispielsweise im Bereich Social Entrepreneurship. So sorgt etwa die Digitalisierung von Wertschöpfungsketten

darüber hinaus nicht zuletzt in der verarbeitenden Industrie für steigende Qualifizierungsanforderungen¹⁵. Eine Facharbeiterin braucht demnach zukünftig auch verstärkte Steuerungs- und Managementkompetenzen. Eine inklusive Wachstums- und Beschäftigungspolitik muss daher die unternehmensinterne wie –externe Aus- und Weiterbildung in den Blick nehmen und kluge Anreize zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit schaffen, die die Verantwortung nicht nur beim Individuum sieht, um auch schwächer gestellte ArbeitnehmerInnen einzubeziehen.

Wäre es in jüngerer Vergangenheit nicht zu einer Reduzierung von VollzeitarbeitnehmerInnen sowie einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen gekommen, hätte die Einkommensungleichheit seit 2010 weiter zugenommen. Fokus einer inklusiven Lohnwachstumspolitik muss daher das gesamte Arbeitsaufkommen unserer Volkswirtschaft sein, wenn Lohn- und Einkommensungleichheit nicht nur zwischen Branchen, sondern auch innerhalb von Branchen abgebaut werden soll¹⁶. Dazu gehört, dass Lohnsteigerungen nicht nur für höhere Einkommensklassen in der exportorientierten Industrie, sondern eben auch für niedrigere Einkommensklassen im Dienstleistungssektor angestrebt und erreicht werden müssen.

IV. Sieben Kernbotschaften eines inklusiven Wachstumsnarrativs

Aus allen diesen Handlungsfeldern lassen sich sieben Kernbotschaften destillieren, die den narrativen Kern von inklusivem Wachstum ausmachen und die Stärke dieses Leitmotivs ausspielen. Die Soziale Marktwirtschaft lebt als integrale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung immer auch davon, im Diskurs regelmäßig neu definiert zu werden. Die Frage, wie wir heute, aber vor allem in Zukunft leben, arbeiten und wertschöpfen wollen, verdient deshalb auch aktuell eine neue Antwort.

- vgl. Werner Eichhorst, Eric Sommer, Florian Wozny (2017)
 Wissenschaftliche Auswertung über Theorien und Instrumente für ein Inklusives Wachstum in Deutschland. Forschungsbericht 501 im Auftrag des BMAS. IZA, Bonn.
- vgl. Ulrike Stein (2017) Earnings Inequality in Germany: A Decomposition-Analysis. IMK Working Paper Nr. 187. Verfügbar unter https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_wp_187_2017.pdf

1. STÄRKUNG ÖFFENTLICHER INFRASTRUKTUR ALS BEDINGUNG FÜR GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE

Gesellschaftliche Teilhabe ist untrennbar mit der Teilhabe an öffentlichen Infrastrukturen verbunden. Die Bereitstellung und der Ausbau öffentlicher Infrastrukturen befördert ökonomische, ökologische wie gesellschaftliche Teilhabe gleichermaßen. Eine moderne Industrie in Deutschland ist auf gute Netze, sichere Energieversorgung und zukunftsfähige Mobilitätskonzepte angewiesen. Eine moderne Teilhabegesellschaft ist auf einen guten und gleichen Zugang für alle zu Bildungs-, Gesundheits- und Kultureinrichtungen sowie eine Anbindung an die entscheidenden Netze der Zukunft angewiesen. Der Ausbau von Investitionen in öffentliche Netze, Institutionen und Infrastruktur ist daher von entscheidender Bedeutung für ein inklusives Wachstum in Deutschland¹⁷.

2. SOZIALE AUFWÄRTSMOBILITÄT MIT LEBEN FÜLLEN UND UNGLEICHHEITEN ABBAUEN

Die Soziale Marktwirtschaft war immer auch eine Chancenordnung, untrennbar verbunden mit einem gesellschaftlichen Aufstiegsversprechen. Dieses Aufstiegsversprechen muss wiederbelebt werden, nicht auf dem Papier, sondern mittels ganz konkreter Verbesserung sozialer Mobilität. Ein sozialer Aufstieg durch Bildung muss jedem Individuum in diesem Land möglich sein, ganz unabhängig von Herkunft und Hintergrund. Nur so lassen sich individuelle Potenziale verwirklichen und soziale Ungleichheiten, die immer auch mit Teilhabeungleichheit verbunden sind, langfristig und breitenwirksam abbauen.

3. IN SOZIALE, TECHNOLOGISCHE UND UNTER-NEHMERISCHE INNOVATIONEN INVESTIEREN

In Deutschland besteht ein gewaltiger Investitionsbedarf. Von den Kommunen bis hinauf zur Bundesebene gibt es zahlreiche Ansätze, mit öffentlichen Geldern für ein klar erkennbares Mehr an Inklusion und Wachstum zu sorgen. Allen voran sind Investitionen in die Verbesserung der Qualität und des Zugangs zu öffentlicher

17. vgl. ausführlich und grundlegend Peter Siller (2017) Auf die öffentlichen Infrastrukturen kommt es an! Warum gerechtigkeitsorientierte Politik auf eine Strategie der öffentlichen Räume und Netze setzen muss. In: Bertelsmann Stiftung, Das Progressive Zentrum (Hrsg.) (2017) Soziale Marktwirtschaft: All inclusive? Band 1: Öffentliche Räume. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. Infrastruktur, Räumen und Institutionen erforderlich. Wir müssen fortschrittsorientiert und zielgerichtet in die Erforschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien investieren, in zukunftsfähige und vor allem flächendeckende Infrastruktur vom Breitbandanschluss bis zum öffentlichen Nahverkehr sowie in eine erneuerbare Energieversorgung als Grundlage unserer industriellen Basis. Vorrang müssen Investitionen in soziale, gesellschaftliche und nachhaltige Innovationen auch des privaten Sektors haben. Nur wenn wir heute den Wettbewerb um die besten Ideen zur Verbesserung unseres Zusammenlebens ausreichend finanzieren, werden wir die Früchte ernten, die unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell in Zukunft inklusiver machen.

4. SOZIALE SICHERUNG FLEXIBILISIEREN UND UNIVERSALISIEREN

Europäisierung, Globalisierung, Digitalisierung und damit einhergehende Veränderungen für Unternehmen, Beschäftigte und ganze Wertschöpfungsketten verändern unser Verständnis von und unsere Anforderungen an Erwerbsarbeit. Damit sind neue Freiheiten, aber auch neue individuelle Risiken verbunden. Unsere auf individuelle Bedarfsfälle ausgerichteten sozialen Sicherungssysteme müssen damit einhergehend Übergänge im Erwerbsleben flexibler abfedern und gleichzeitig universaler gelten. Nur so lässt sich garantieren, dass alle Menschen, ganz gleich wo und wie sie arbeiten, über soziale Sicherheit verfügen und besser am Arbeitsleben sowie an der Gesellschaft teilhaben können.

5. GLOBALISIERUNG IN EINEM STARKEN EUROPA FAIR GESTALTEN

Nicht nur die Europäische Union wächst wirtschaftlich und politisch immer enger zusammen, auch die Globalisierung führt zu immer stärkerer und umfangreicherer Vernetzung. Davon haben bereits viele Branchen, Unternehmen und Menschen profitiert – es gibt aber auch Verlierer dieses Prozesses. Das Selbstverständnis einer global vernetzten Weltwirtschaft ist unter Druck geraten. Es muss die Aufgabe einer progressiven Globalisierungspolitik in Europa sein, selbstbewusst mit den europäischen Partnern globale Standards zu setzen sowie für die faire und gerechte Re-Regulierung globaler Wertschöpfungsprozesse zu sorgen. Das bedeutet

keine Abkehr von der Globalisierung, sondern deren offensive Gestaltung im Interesse aller Menschen. Die Europäische Union als europaweiter Wirtschafts- und Gesellschaftsraum muss auch politisch in die Lage versetzt werden, ökonomische Stabilität zu garantieren, soziale Sicherheit als Priorität zu setzen und somit eine europaweite inklusionsfördernde Wachstumspolitik strukturell sowie finanziell zu forcieren.

6. REGIONALE WIRTSCHAFTSPOLITIK DIGITALISIEREN UND ZUR PRIORITÄT MACHEN

Regionale Ungleichheiten, von der Arbeitslosenquote bis zur Wirtschafts- und Innovationsleistung, prägen die Diskussion in ganz Europa. Auch Deutschland ist ein regional höchst diverses Land, in dem es boomende Zentren und stagnierende Peripherie gibt. Ziel einer neu priorisierten Regionalpolitik muss es sein, Chancen der Digitalisierung für GründerInnen, Mittelstandsunternehmen und Individuen nutzbar zu machen. Struktur- und Regionalförderung darf sich dabei nicht nur auf ohnehin prosperierende Zentren oder Leuchtturmprojekte konzentrieren, sondern muss auch den ländlichen Raum mit seinen Potenzialen stärker in den Blick nehmen. Nur so lassen sich langfristig scheinbar abgehängte Regionen wieder in eine bundesweite Wachstumspolitik inkludieren.

7. ÖKONOMISCHE UND ÖKOLOGISCHE NACHHALTIG-KEIT ALS QUERSCHNITTSAUFGABE ERNST NEHMEN

Von allen menschengemachten Veränderungsprozessen hat der Klimawandel die verheerendsten, weil irreversiblen, Konsequenzen. Wir können und müssen in allen Bereichen unseres Wirtschaftens und Konsumverhaltens darauf hinwirken, Nachhaltigkeit und ökologische Verantwortung fest in unserem gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern, vom Energieproduzenten bis zum Verbraucher. Nur mit der zusätzlichen Berücksichtigung des Kriteriums ökologische Nachhaltigkeit machen wir unser Wachstumsmodell krisenfest und zukunftstauglich. Der Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit wiederum erfordert andere und weitsichtigere Strukturen, von der Industrie bis hin zur sozialen Sicherung, als wir sie derzeit besitzen. Gleiches gilt im Hinblick auf unsere Resilienz gegenüber ökonomischen Schocks und disruptiven Entwicklungen technologischer wie gesellschaftlicher Art. Hierfür braucht es mitunter gänzlich neue Ansätze demokratischer Teilhabe an der gemeinsamen Regel- und Standardsetzung.

"Nur eine offene und inklusive Gesellschaft ist auch eine soziale Gesellschaft."

All diesen Punkten ist gemein, dass sie nicht nur drängende Fragen unserer Zeit und zukünftiger Entwicklungen thematisieren, sondern zugleich unter einem narrativen Dach gebündelt werden können. Inklusives Wachstum als neue Zielvorgabe für die Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts ist ein geeignetes Leitmotiv, die Neuakzentuierung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells als inklusive und absichernde Chancenordnung nachhaltig im Diskurs und im gesellschaftspolitischen Bewusstsein der Menschen in Deutschland und Europa zu verankern. Nur eine offene und inklusive Gesellschaft ist auch eine soziale Gesellschaft. Damit ist eine wirkliche Rückbesinnung auf den Kern der Sozialen Marktwirtschaft ein Schritt Richtung Wachstum der Zukunft. Dieses Wachstum kann nur inklusiv sein.

Die Autoren



Manuel Gath ist seit 2015 Project Manager des Berliner Think Tanks Das Progressive Zentrum. Zuvor war er zwei Jahre lang Mitarbeiter am Europalehrstuhl der Universität Duisburg-Essen. Während seines Politikstudiums in Marburg, Duisburg-Essen und Nijmegen sammelte Manuel Gath u.a. im Europaparlament sowie dem Bundeswirtschaftsministerium weitere praktische Erfahrung. Er ist ehrenamtlicher Bundesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten.

Über das Projekt

Dieses Autorenpapier ist entstanden im Projekt "Neue Wege zu inklusiven Wachstum – Impulse für die Soziale Marktwirtschaft von morgen", welches 2017 vom Progressiven Zentrum durchgeführt und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) gefördert wurde. Im Projekt wurden unter Einbindung von VertreterInnen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik, Unternehmen und Gewerkschaften zahlreiche wirtschaftspolitische Fragestellungen diskutiert und im Rahmen von Veranstaltungen und Publikationen die Themen Digitalisierung, Europa und Globalisierung, Strukturwandel sowie Teilhabe am Arbeitsleben unter dem Aspekt inklusivem Wachstum beleuchtet. Die Debatte wird auf www.inklusives-wachstum.de fortgesetzt.

Durchgeführt von:



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Dieses Papier ist ein Debattenimpuls im Rahmen des Projekts "Neue Wege zu inklusivem Wachstum" und spiegelt nicht zwangsläufig die Meinung der beteiligten Organisationen wider.



Dominic Schwickert ist Geschäftsführer von *Das Progressive Zentrum*. Er hat langjährige Erfahrung in der Politik- und Strategieberatung (u.a. Stiftung Wissenschaft und Politik, Bertelsmann Stiftung, IFOK GmbH, Stiftung Neue Verantwortung, Deutscher Bundetag, diverse Bundesministerien). Domnic Schwickert war im Herbst 2017 John F. Kennedy Memorial Policy Fellow am Center for European Studies der Harvard University.

Das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think Tank mit Sitz in Berlin. Ziel des Progressiven Zentrums ist es, gemäß dem Dreiklang "Vordenken – Vernetzen – Streiten" fortschritts- und innovationsorientierte Politikideen in die öffentliche Debatte und auf die politische Agenda zu bringen. Wir wollen dazu beitragen, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei beziehen wir besonders junge, verantwortungsbewusste VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein.

Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des *Progressiven Zentrums* auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2017

Ausgabe: Dezember 2017

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert c/o Das Progressive Zentrum e.V. Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach, Katarina Niewiedzial Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org mail@progressives-zentrum.org www.facebook.com/dasprogressivezentrum twitter: @DPZ_Berlin

Gestaltung: Daniel Menzel, basierend auf einem Design von 4S & Collet Concepts

Wir denken weiter.